

Der Präsident

Herrn Bundesminister a. D.
Cem Özdemir
c/o Königstraße 78
70173 Stuttgart

Stuttgart, den 16. März 2026

Sehr geehrter Herr Özdemir, *Lieber Herr Özdemir,*

lassen Sie mich Ihnen zunächst im Namen der 35 baden-württembergischen Landkreise wie auch persönlich zu Ihrem Erfolg und dem Erfolg Ihrer Partei bei den zurückliegenden Landtagswahlen gratulieren.

Vor Ihnen stehen anspruchsvolle Aufgabe. Dafür wünschen wir Ihnen eine stets glückliche Hand und den nötigen Erfolg. Bitte seien Sie versichert, dass Sie sich bei der Bewältigung der immensen Herausforderungen, vor denen das Land Baden-Württemberg steht, auf die Unterstützung der Landkreisfamilie verlassen und darauf vertrauen können.

Dies zu betonen, ist mir wichtig. Denn es gehört nun einmal zu den traditionellen Stärken Baden-Württembergs, dass Land und Kommunen eng und partnerschaftlich zusammenwirken. Und diese gesamtstaatliche, ebenenübergreifende Kooperation ist wichtiger denn je. Wenn annähernd drei Viertel aller Menschen den Staat für überfordert halten, dann ist dies mehr als ein Alarmsignal. Denn in dem Maß, in dem die staatlichen Ebenen objektiv oder auch in der subjektiven Wahrnehmung an Handlungsfähigkeit einbüßen, erodiert auch das Vertrauen der Menschen in die Demokratie.

Völlig zurecht haben Sie daher dem Thema Staatsmodernisierung einen zentralen Stellenwert in Ihrem Wahlkampf eingeräumt. Wir alle wissen indes, dass eine solche Staatsmodernisierung nur gelingen kann, wenn die im Konzert der Staatsleistungen ganz wesentliche kommunale Vollzugsebene integraler Bestandteil und wirksamer Akteur des Reformwerks ist.

Ich wende mich daher heute an Sie, sehr geehrter Herr Özdemir, mit der herzlichen Bitte, dass die kommunale Seite von Anfang an, also auch schon parallel zu den Gesprächen im Hinblick auf eine Koalitionsbildung, von Ihnen eingebunden wird. Eine entsprechende Bitte werde ich auch an Herrn Hagel richten. Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass die dringend erforderliche Staatsmodernisierung nur gelingen kann, wenn Land und Kommunen gleichsinnig, abgestimmt und koordiniert unterwegs sind. Nur dann wird der demokratische Staat in der Lage sein, aus der Geschlossenheit heraus Akzeptanz und Vertrauen auf Seiten der Bevölkerung zu stiften.

Wie Sie wissen, haben wir als kommunale Familie auch schon einen Vorschlag unterbreitet, auf welche neue Grundlage die Verantwortungsgemeinschaft von Land und Kommunen in der nun beginnenden neuen Legislaturperiode des Landtags gestellt werden sollte. Wir plädieren für einen Pakt für handlungsfähige Kommunen zwischen dem Land Baden-Württemberg und den Kommunalen Landesverbänden (BW-Pakt).

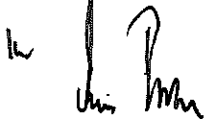
Ziel des BW-Pakts muss es sein, staatliche Handlungsfähigkeit zurückzugewinnen, indem Aufgaben, Standards und Finanzierung wieder ins Gleichgewicht gebracht werden. Dazu muss zum einen die kommunale Handlungsfähigkeit strukturell gestärkt werden. Dazu gehört etwa die Nachschärfung des landesverfassungsrechtlichen Konnexitätsprinzips, für die sich eine verfassungsändernde Mehrheit in dieser Legislaturperiode des Landtags von Baden-Württemberg leichter finden lassen dürfte als noch in der vergangenen. Erforderlich ist aber zwingend auch eine finanzielle Stabilisierung der kommunalen Ebene. Dabei kommt – mit Blick auf die spezifischen Belastungen der Kreishaushalte – einer pauschalen Beteiligung des Landes an den Kosten der Eingliederungshilfe in Höhe von 25 Prozent eine herausragende Bedeutung zu.

Über den BW-Pakt hinaus, zu dem es eines raschen Bekenntnisses bedarf und der dann kurzfristig zum Abschluss gebracht werden sollte, braucht es unseres Erachtens auch ein Verständigungsformat, in dem Vertretungen der Landesregierung, der Regierungsfractionen und der kommunalen Landesverbände auf Augenhöhe strukturelle Entscheidungen zum Umfang, zur Intensität und zur Finanzierung staatlicher Aufgabenerfüllung auf den Weg bringen. In einer solchen „Zukunftskommission Land-Kommunen“ darf es nicht (mehr) darum gehen, im Einzelnen unterschiedlichste Regelungstatbestände durchzugehen, um gegebenenfalls punktuelle Entlastungseffekte erzielen zu können. Vielmehr müssen in der „Zukunftskommission Land-Kommunen“ grundsätzliche Verabredungen dazu getroffen werden, wie sich im Verhältnis von Land und Kommunen strukturelle Entlastungen durch Aufgabenabbau, Standardabsenkung und Einnahmeverbesserung erzielen lassen.

Abzugrenzen wäre eine solche „Zukunftskommission Land-Kommen“ von einem zweifellos ebenfalls notwendigen Verständigungsformat unter Beteiligung nicht nur der Kommunal-, sondern auch der Wirtschaftsverbände, in dem es ebenfalls um strukturelle Maßnahmen der Staatsmodernisierung geht, allerdings in diesem Fall mit dem Schwerpunkt Entlastung der Wirtschaft sowie der Bürgerinnen und Bürger.

Sie sehen, sehr geehrter Herr Özdemir, dass die Kommunen bereit und absolut gewillt sind, sich kraftvoll in das von Ihnen angestrebte Reformwerk einzubringen. Daher wäre ich dankbar, wenn es in dieser Sache schon bald zu einem ersten persönlichen Austausch kommen könnte. Je früher und intensiver sich Land und Kommunen im Vorfeld der beabsichtigten Reformmaßnahmen abstimmen, desto größer sind die Erfolgsaussichten. Und erfolgreich in den Reformbemühungen zu sein, ist das staatspolitische Gebot der Stunde.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Achim Brötel', written in a cursive style.

Dr. Achim Brötel